

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

**Referatsname: Referat für antifaschistische
Gesellschaftskritik und Sport**

Autor_in: Leon Kruml

Datum: 19.03.2024

Das Referat steht kurz vor der Umsetzung seines bisher größten Koalitionsprojekts: Der Bildungsreise in die Gedenk- und Mahnstätte Ravensbrück. Am 19.03 fand ein äußerst gut besuchtes Kennenlernetreffen statt. Die Teilnehmenden, Guides vom Verein GEDENKDIENTST sowie Referatsmitarbeiter_innen stellten einander vor und es gab erste Infos zum Programm vom Verein Gedenkdienst selbst. Weiters wurden organisatorische Fragen geklärt. Bis auf eine Person planen so weit **alle** Menschen, welche eine positive Rückmeldung auf ihre Bewerbung bekommen an der Gedenkreise teilzunehmen. Angesichts dessen das hier die ÖH die *kompletten Kosten* getragen hat und von den Teilnehmende nicht mal eine (symbolische) Bestätigungs- oder Anmeldegebühr eingefordert wurde sehen wir an der Teilnahme-Freudigkeit (sowie den vielen Bewerbungen, welche auch leider Absagen erhalten mussten) einen Beweis dafür das antifaschistische Bildungspraxis sowie Angebote, um die faschistische Geschichte aufzuarbeiten auf einen enormen positiven Anklang bei den Studierenden stoßen. Wir sind stolz auf das Projekt und freuen uns auf der nächsten UV-Sitzung mehr über die Erfahrungen zu berichten.

Die alltägliche Arbeit im Referat selbst und in den Arbeitsgruppen ging währenddessen auch weiter. So würde die Vortragsreihe „100 Jahre IFS“ mit großer Hilfe des Vorsitzes und des Working Class Referats finalisiert. Auch hier freuen wir uns auf die großartigen Redner_innen und die Weiterbildungsmöglichkeiten, welchen wir Studierenden zur Verfügung stellen können.

Planung und auch Unterstützung von antifaschistischen Kundgebungen und Demonstrationen in Kooperation mit anderen emanzipatorischen Gruppen Wiens ist natürlich auch erfolgt. Beispielhaft sind hierfür der (trotz massiver polizeilicher Einschränkungen) rekordmäßig gut besuchte alljährliche Budenbummel, welcher auf rechtsnationale Burschenschaften Wiens aufmerksam machte oder auch das bereits geplante Ernst-Kirchweg-Gedenken am 31.3., wo auch das Referat einen Beitrag halten wird.

Wie jedes Semester ging auch das FLINTA* Boxen wieder in eine neue Runde mit alten sowie neuen Teilnehmer*innen. Trotz der vielen Absagen welche Aufgrund den enorm vielen Bewerbungen erteilt werden mussten, sind wir auch hier stolz ein Projekt, welches sich großer Beliebtheit erfreut, so lange Studierenden anbieten zu können.

Weniger erfreuliche Nachrichten erreichen uns aus dem Rechtsextremismus Formular, wo uns einiges an antisemitischem, rassistischem oder rechtsextremistischem Material erreichte. Jene Beispiele werden gesammelt beziehungsweise an bereits arbeitenden Meldestellen weitergetragen. So gut es geht versuchen wir als Referat diese entfernen zu lassen oder die Problematiken über den Vorsitz an das Rektorat zu tragen.

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: AntiRa

Autor_in: Maiada Mohamed

Datum: 18.03.2023

Bericht

Bitte den Bericht anhand folgender Leitfragen verfassen:

Was ist seit der letzten UV Sitzung passiert, welche Aufgaben wurden erledigt?

Unser Fokus im Jänner & Februar war der Black History Month. Insgesamt haben wir 5 verschiedene Veranstaltungen organisiert.

Welche Veranstaltungen hat das Referat organisiert, geplant, abgehalten?

Black History Month mit 5 Veranstaltungen.

Folgende Veranstaltungen haben wir den Studierenden angeboten:

2 Empowerment Workshops für BIPOC only

1 Sensibilisierungsworkshop

2 Safer-Space Veranstaltungen

BIPOC Empowerment Space mit Wir sind Auch Wien (BIPOC ONLY) am 7.2. 15:00-16:30

Empowerment Workshop mit Distruct (BIPOC ONLY) am 9.2. 16:00-19:00 Uhr

Afro-Dance Workshop am 21.2. 18:00-20:00

Workshop von BigSibling am 24.02. 12:00-15:00

Gemeinsames Kochen mit Dampha Kitchen am 29.2. ab 15:00-17:00

Gab es Gespräche mit dem Rektorat, der Uni, Stadt Wien Interessensvertretungen, Organisationen...?

Mit folgenden Organisationen sind wir gerade in Kontakt:
Distrubt, Wir sind auch Wien, BigSibling

Und mit MA35 für unsere Beratung.

Referatsberichte bis zum jeweiligen angekündigten Termin vor der Sitzung verlässlich an sekretariat@oeh.univie.ac.at senden!!!

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: Referat für Barrierefreiheit

Autor_in: Liv Majewski

Datum: 14.03.2024

Bericht

Was ist seit der letzten UV Sitzung passiert, welche Aufgaben wurden erledigt?

Der Psychotherapietopf ist endlich online gegangen! Dafür galt es die Webseite und das Webformular zu finalisieren, Newsletter und Instagram posts auszuschicken. Ein FAQ in deutsch und englisch zu formulieren. Die Antragsfrist für den Topf geht am Mo., 18.03. los und geht bis 05.04.

Wir rechnen mit einer sehr großen Nachfrage seitens der Studierenden und mehreren Wochen Bearbeitungszeitraum. Eva, unsere freie Dienstnehmerin im Barref, ist für die Bearbeitung aller Anträge, Email-Anfragen, Nachreichungen und die Sichtung aller Daten (Kontoauszüge, Rechnung, etc.) zuständig. Zusätzlich wird eine unterschriebene Verschwiegenheitsvereinbarung von allen weiteren Personen verlangt, die die Anträge sichten werden (Barref, Sozref, Wirref, Vorsitz). Für Details zu Richtlinien und mehr: siehe Website Psychotherapietopf.

Zudem hat das HPV-Impfungsprojekt an der Uni Wien für Studierende stattgefunden.

Des Weiteren hatten wir Kontakt mit dem Zimt-Magazin bezüglich einer möglichen Kooperation zu Mental-Health Angeboten in Österreich und sind in der Mental Health Kampagne Arbeitsgruppe aktiv.

Während unser Psychotherapietopf wichtige Unterstützung bietet, erkennen wir, dass er nur ein Teil der Lösung ist. Es ist wichtig anzuerkennen, dass unser aktuelles Modell die systemischen Barrieren, die Studierende am Zugang zur psychologischen Gesundheitsversorgung hindern, nicht angeht. Deshalb setzen wir uns nicht nur für finanzielle Unterstützung ein, sondern auch für den Ausbau leistbarer Therapieplätze für Studierende. Psychotherapie muss zu einem grundlegenden Bestandteil der Gesundheitsversorgung in Österreich werden! Und wir bleiben weiterhin der Überzeugung treu, dass Psychotherapie vollständig gesetzliche Kassenleistung in Österreich werden muss.

Ansonsten bleibt die Beratung von behinderten, chronisch und/oder psychisch kranken Studierenden und die Unterstützung ihrer Anliegen unsere Hauptaufgabe.

Welche Veranstaltungen hat das Referat organisiert, geplant, abgehalten?

Wir haben in dem Zeitraum seit Januar keine Veranstaltungen abgehalten.

Gab es Gespräche mit dem Rektorat, der Uni, Stadt Wien Interessensvertretungen, Organisationen...?

Mailaustausch mit dem ZIMT-Magazin, dass eine Print-Ausgabe rausbringen möchte zu psychischer Gesundheit und Gesundheitsversorgung in Österreich. Sie werden einen Projektantrag stellen und wir freuen uns auf eine mögliche Kooperation und mehr Sichtbarkeit.

Wie läuft die Beratung (nur beratende Referate)?

Unsere Beratung findet weiterhin hauptsächlich via E-Mail statt. Wir führten aber auch einige Telefonberatungen durch. Hauptthemen sind wie sonst auch Nachteilsausgleiche, Barrierefreiheit und Diskriminierungserfahrungen im Bezug auf Behinderungen, psychische und/oder chronische Erkrankungen. Studiumabbrüche und fehlende finanzielle Unterstützung bei Beurlaubung vom Studium aufgrund von chronischen Erkrankungen. Uns hat auch der Wunsch erreicht für ein Vernetzungstreffen für blinde und sehbehinderte Studierende, dass wir gerne in Kooperation mit der Person organisieren möchten. Blinde und sehbehinderte Studierende studieren meist sehr in Isolation und werden in ihrem Studienfortschritt enorm gehindert durch die monatelange Aufarbeitung von Literatur und Unterbesetzung des Literaturservice.

Auch das Team Barrierefrei ist extrem unterbesetzt und bietet keine Vernetzungsmöglichkeiten mehr an, wie noch vor paar Jahren.

Gab es Informationen, Beiträge über Social Media oder auf der Homepage?

Ja, wir haben unseren Psychotherapietopf über Website, Instagram und Newsletter beworben.

Ausblick der Referatstätigkeit bis zur nächsten Sitzung

Vernetzung mit Referaten für Barrierefreiheit, Wienweit, insbesondere ÖH FH Campus und ÖH Juridicum.

Weitere Gespräche mit dem PSD, MA40 und dem Bundesministerium, sowie einem Vernetzungstreffen mit der Bundes-ÖH zu verschiedenen Themen (HPV Impfung, Psychotherapie als Kassenleistung, Förderung, Unterstützung für Studierende)

Wir bleiben weiterhin mit dem ZIMT Magazin in Kontakt für eine etwaige Kooperation in Verbindung mit der mental-health Kampagne.

Außerdem würden wir gerne das FAQ zu barrierefrei Studieren auf unserer Website bearbeiten und aktualisieren.

Sowie mehr Veranstaltungen und Vernetzungstreffen für Studierende organisieren, insbesondere ein Treffen für blinde und sehbehinderte Studierende nach den Osterferien. Die Überlegung dieses Treffen Wienweit/universitätsübergreifend anzubieten und somit blinden und sehbehinderten Studierenden die Möglichkeit zu geben eine eigene Interessenvertretung zu bilden steht im Raum und wir diskutieren noch wie wir am besten unsere Ressourcen einsetzen. Fest steht aber es soll ein Treffen von Betroffenen für Betroffene sein (Barref Prinzip) und in Präsenz stattfinden.

Zusätzlich ist es uns auch ein großes Anliegen, dass wieder ein Austauschtreffen mit dem Team Barrierefrei stattfindet. Durch den Mehraufwand für den Psychotherapietopf hat es uns bisher an Kapazitäten dafür gefehlt.

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: Referat für Bildung und Politik

Autor*innen: Isabella Schraml (Referent*in)
und das Referatsteam

Datum: 14.3.2023 (für 22.3.2024)

Bericht

BERATUNG

Nach wie vor nimmt die studienrechtliche **Beratung** einen großen Teil unserer Arbeit im Referat ein, da sie regelmäßig von Studierenden sowie Studienvertretungen bzw. anderen Organen der ÖH in Anspruch genommen wird. Über die vorlesungsfreie Zeit fand die Beratung via E-Mail und Telefon statt. Seit Semesterbeginn bieten wir zusätzlich wieder einmal wöchentlich sowohl online über Zoom als auch persönlich in unserem Büro Beratungen an.

Thematisch beschäftigten wir uns in der Beratung seit der letzten UV Sitzung vor allem mit den folgenden Themen:

Rückerstattungen von Studiengebühren, Anfechtungen von Prüfungen, Abwesenheiten bei prüfungsimmanenten Lehrveranstaltungen, Auslegung des

Begriffs "Mobilitätsprogramm", Fragen betreffend der Mindeststudienleistung, usw. Im Zuge der Beratung standen wir teils in direkter Verbindung mit dem Büro Studienpräses und dem Vizerektorat für Lehre.

JOUR FIXE MIT DEM VIZEREKTORAT FÜR LEHRE

Seit der letzten UV-Sitzung gab es zwei Jour fixe mit dem Vizerektorat für Lehre. Der erste fand im Februar statt. Dieser Termin wurde dazu genutzt, Fragen und Anliegen aus der **Beratung** zu klären. Zudem wurde über unsere Forderung, die Aushändigung der Ergebnisse von **Lehrveranstaltungsevaluierungen** an die jeweiligen Studienvertretung diskutiert. Es wurde auch über die **Stellungnahmen** des Rektorats und der ÖH Uni Wien zur Novellierung der Hochschulgesetze geredet. Wie wir feststellen, stehen wir einigen Regelungen deutlich kritischer gegenüber als die Universität Wien.

Das zweite Treffen, welches Anfang März stattfand, wurde ebenso dazu genutzt, aktuelle Fragen aus der **Beratung** zu beantworten. Die Frist für **Anerkennungen** iSd § 78 UG wurde hier zum Diskussionsgegenstand. Des Weiteren beschäftigte uns auch der Fall einer Person, die aufgrund einer schweren **Krankheit** von einer Lehrveranstaltung **abgemeldet** wurde. Hier zeigte sich das Rektorat für Studium und Lehre entgegenkommend und sagte uns Unterstützung im konkreten Fall zu.

Gemeinsam mit der StV/ZV Lehramt haben wir auch die geplante **Lehramtsreform** besprochen.

TREFFEN LEHRAMTSVERTRETUNG

Im Februar trafen wir uns mit der StV/ZV/Basisgruppe Lehramt. Das Treffen stand ganz im Zeichen der geplanten **Novelle der Hochschulgesetze** und ihrer Auswirkungen für die Lehrer*innenbildung. Neben Kritik am Zeitplan, an nicht ausreichende definierten Begriffen wie "Fächerbündel" und wie diese genauer auszusehen haben, gab es auch geteilte Kritik an der potenziellen Einführung von Zulassungsbeschränkungen. Auch schien fraglich, ob die Änderungen betreffend des Vorziehens von 30 ECTS an PHs auch an der Universität Wien möglich sein würde. Wobei hier davon auszugehen ist, dass die Universität Wien dem nicht nachkommt.

STELLUNGNAHME HOCHSCHULGESETZE

Ende November erfuhren wir vage von einer konkret nahenden Novelle im Hochschulrecht. Die tatsächliche Bekanntgabe und der Beginn der Stellungnahmefrist erfolgte Mitte Januar. Diese geplanten Änderungen umfassen das **UG, HG, HS-QSG, PrivHG, FHG**. Auch wenn wir einzelne Änderungen

gutheißen, stehen wir dennoch vielen neuen Regelungen kritisch gegenüber. So lehnen wir die Einführung von **Zulassungsbeschränkungen bei Master oder Doktoratsstudiengängen** strikt ab. Die geplante Änderung würde es den Unis erlauben, willkürlich Zulassungsverfahren in allen Master- und Doktoratsstudien vorzusehen.

Auch werden durch die Novellierungen **Angehörige von sogenannten "Drittstaaten" diskriminiert**. Unter dem Deckmantel einer nicht näher definierten "Wertigkeit" von Qualifikationen kann die Universität eine **Kautions von 200 €** einbehalten. Dies ist in unseren Augen eine Zumutung. Hier werden verschuldensunabhängig Studienbewerber*innen abgeschreckt, da sie nie wissen können, ob sie nun ein "wertiges" Zeugnis besitzen und die Kautions zurückbekommen oder nicht.

Die wohl medial präsenteste Maßnahme betrifft die Änderungen im **Lehramtscurricula**. Wir halten hier vor allem die Umsetzungsfrist (WiSe 2025/26) für komplett unrealistisch.

Unsere gesamte **Stellungnahme** findet ihr im Anhang.

INFOVERANSTALTUNG ZUR NOVELLIERUNG DER HOCHSCHULGESETZE

Am 19. Februar haben wir eine **digitale Infoveranstaltung** zum Hochschulnovellenpaket organisiert. Ziel war es, interessierte Studierende über die **geplanten Änderungen in den Hochschulgesetzen** zu informieren und die Inhalte unserer Stellungnahme zu teilen. Unser Fokus lag dabei, wie auch bei der Stellungnahme, auf den Änderungen im UG und der Vereinheitlichung der Regelungen um wissenschaftliche Integrität im HS-QSG.

NEUE PERSON IM REFERAT

Es freut uns sehr, eine neue Person im Referat für Bildung und Politik begrüßen zu dürfen: Alma Kirnbauer. Sie wird Magdalena Taxenbacher nachfolgen. An dieser Stelle will sich das Referat für die hervorragende Arbeit, welche Magdalena über die letzten Jahre geleistet hat, bedanken. Wir wünschen alles Gute und wollen darauf hinweisen, dass Magdalena im Referat schmerzlich vermisst werden wird.

GREMIENARBEIT

Die Mitglieder des Referats für Bildung und Politik sind nicht nur in ÖH-internen Arbeitsgruppen aktiv, sondern auch in Kommissionen und Beiräten.

Ein Mitglied beschäftigte sich im Rahmen der Arbeitsgruppe Verpflegung des **Nachhaltigkeitsbeirats** der Uni Wien mit der Planung einer Podiumsdiskussion zum Themenbereich "Ernährung und Nachhaltigkeit" und der Bestückung der Snack- und Getränkeautomaten an sämtlichen Standorten der Uni Wien.

Des Weiteren sind Mitglieder des Referats in der **Curricularkommission** und in der **Rechtsmittelkommission** der Uni Wien tätig, in denen jeweils Anfang März die letzten Sitzungen stattfanden.

STELLUNGNAHME

der Hochschüler*innenschaft an der Universität Wien

zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das **Universitätsgesetz 2002** - UG, das **Hochschulgesetz 2005** - HG, das **Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz** - HS-QSG, das **Fachhochschulgesetz** - FHG und das **Privathochschulgesetz** - PrivHG geändert werden

Geschäftszahl: 2023-0.783.647

Ergeht an:

- legistik-wissenschaft@bmbwf.gv.at
- Präsidium des Nationalrates über die Internetseite parlament.gv.at



Hochschüler*innenschaft an der Universität Wien

Referat für Bildung und Politik

Wien, Februar 2024

EINLEITUNG

Die Hochschüler*innenschaft an der Universität Wien (“**ÖH Uni Wien**”) nimmt in diesem Dokument Stellung zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das **Universitätsgesetz 2002** - UG, das **Hochschulgesetz 2005** - HG, das **Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz** - HS-QSG, das **Fachhochschulgesetz** - FHG und das **Privathochschulgesetz** - PrivHG geändert werden.

Wir begrüßen das Bestreben, die wissenschaftliche und künstlerische **Integrität** über alle Hochschultypen hinweg im Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz **vereinheitlichend** zu normieren und finden auch die Definitionen von Integrität und Fehlverhalten gelungen.

Im Universitätsgesetz sehen wir einige kleinere positive Vorschläge. Leider müssen wir jedoch **vielen der vorgeschlagenen Änderungen im Universitätsgesetz ablehnend** gegenüberstehen.

Aus unserer Sicht ist die geplante **Beschränkung der Master- und Doktoratsstudienplätze inakzeptabel**, räumt sie den Universitäten doch komplett freie Handhabe bei der Beschränkung ihres Studienangebots ein. Als ÖH Uni Wien stehen wir für einen freien und offenen Hochschulzugang ein; die Studienwahl von Bachelorabsolvent*innen darf nicht von der Anzahl an Plätzen in Masterstudiengängen eingeschränkt werden.

Ebenso sind die geplanten **Verschärfungen für Studienwerber*innen aus den sogenannten “Drittstaaten”** nicht hinnehmbar. Die Einführung einer Kautions im Falle von Zweifeln an der **“Wertigkeit”** deren Qualifikation ist schlichtweg ungerecht und unverhältnismäßig. Diese Maßnahme kommt einer **potenziellen Strafe** gleich, welche nicht einmal durch Verschulden der Studienwerber*innen ausgelöst wird. Dass zudem kleine semantische Änderungen vorgenommen werden (“insbesondere” statt “jedenfalls”), um Qualifikationen abweisen zu können, die den formalen Anforderungen genügen, jedoch nicht “wertig” genug sind, verstärkt den Eindruck, dass “Drittstaats”angehörigen mutwillig weitere Steine in den Weg gelegt werden sollen. Die Folge eines solchen Vorgehens ist die **Abschreckung** eben jener Studierenden und der daraus resultierende Verlust von Diversität an österreichischen Hochschulen.

Der vorgeschlagenen **Kürzung des Bachelor of Education** stehen wir mit gemischten Gefühlen gegenüber. Klar ist für uns, dass es eine **enorme Herausforderung** wird, qualitativ hochwertige und gekürzte Lehramtscurricula zu erstellen und anzubieten. Das **2025 geplante Inkrafttreten** der neuen Lehramtsstudien empfinden wir daher als gelinde

gesagt illusorisch. Eine gravierende Verkürzung der Studien verlangt den Einsatz sämtlicher Kurien an allen Hochschulen in allen Verbänden und bedarf Zeit, damit eine möglichst hohe Qualität gewährleistet werden kann.

Professionsbegleitende Masterstudien sehen wir als positive Entwicklung, wir würden uns ein möglichst flächendeckendes Angebot wünschen; allerdings fehlen noch Details der Ausgestaltung.

An dieser Stelle appellieren wir an die Gesetzgebung, die versprochenen Änderungen im **Lehrer*innendienstrecht** auch zeitnah umzusetzen.

Die vorgeschlagenen **Änderungen im Fachhochschulgesetz und Privathochschulgesetz** können wir größtenteils unterstützen.

Im folgenden Teil unserer Stellungnahme gehen wir in chronologischer Reihenfolge, nach Paragraphen, detailliert auf alle für uns relevanten Änderungen ein.

STELLUNGNAHME NACH PARAGRAPHEN

Artikel 1

Änderungen des Universitätsgesetzes 2002

Ad § 3 Z 12

Die Formulierung, dass gute wissenschaftliche Praxis “insbesondere durch die Regelung wissenschaftlichen [...] Fehlverhaltens” zu sichern sei, ist eine **Negativformulierung**. Sie suggeriert, dass ohne die Regelung von Fehlverhalten eine gute wissenschaftliche Praxis unmöglich wäre. Wir halten dies für die allgemeine Definition von Aufgaben von Universitäten als unpassend.

Gute wissenschaftliche Praxis muss von Hochschulen sichergestellt werden; dies sollte aber primär durch die Definition dieser und durch das Pflegen einer dementsprechenden Kultur geschehen. Bereits die Formulierung “Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis [...] und Regelung wissenschaftlichen oder künstlerischen Fehlverhaltens” ist eine positivere und würdigere Formulierung für den Wissenschaftsbetrieb.

Ad § 13 Abs. 7a (und weitere)

Wir finden kritisch, dass die Planungsübersicht vom Rektorat verfasst wird, Senat und Unirat nur informiert werden sollen. Eine **Mitbestimmung der beiden anderen Leitungsgremien** ist essentiell, wir plädieren dafür, dass zumindest eine Genehmigung durch Senat und Unirat erfolgen muss.

Ad § 19

Dass die Bestimmungen zu Integrität, Fehlverhalten und Plagiaten für alle Hochschulen **vereinheitlichend im HS-QSG** geregelt werden, begrüßen wir.

Wir sprechen uns generell gegen den Ausschluss vom Studium aufgrund von wissenschaftlichem Fehlverhalten aus; sollte dies jedoch ins Gesetz kommen - müsste dies in den jeweiligen Hochschulgesetzen zumindest Erwähnung finden. Aus Transparenz- und Vollständigkeitsgründen sollten **alle Exmatrikulationsfälle im UG** stehen.

Ad § 20d

Die Regelung von interhochschulischen Organisationseinheiten begrüßen wir generell. Wir kritisieren an dieser Stelle, dass das IDSA nicht vom UG geregelt wird, diese Bestimmung aber auch auf das IDSA zutreffen soll. An dieser Stelle müssen wir nochmals anmerken, dass wir nur Vorteile erkennen können, wenn das **IDSA in das UG** aufgenommen wird und hoffen, dass die Gesetzgebung diese Chance wahrnimmt.

Kritisch sehen wir auch, dass durch interhochschulische Organisationseinheiten **öffentliche Geldmittel Richtung privater Hochschulen** fließen können; dies ist abzulehnen und gilt es zu verhindern.

Ad Abs. 1

Die Kooperationsvereinbarung soll auch durch den **Senat genehmigt** werden müssen.

Ad Abs. 2

Sind mit den "Leitungen der beteiligten Universitäten" alle drei Leitungsorgane der Universitäten gemeint, also Rektorat, Senat und Unirat? Sollte dem in der Tat so sein, würden wir das hohe demokratische Verständnis begrüßen.

Ad § 21 Abs. 1 Z 2

Die knapperen **Fristen** zur Ausschreibung der Funktion von Rektor*innen klingen für uns machbar.

Ad § 23

Wir lehnen ab, dass der Universitätsrat auf einem Dreivorschlag beharren können soll. Es war bisher schon präzise genug geregelt, dass es **stichhaltige Gründe bräuchte, um von einem Dreivorschlag abzuweichen**. Dies ist in der Vergangenheit passiert, siehe Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ad Rektor*innenwahl Uni Salzburg.

Dass nun die rechtliche Lage auf Kosten des Senats und mit einer **Machtverschiebung hin zum Unirat** an die Rechtsmeinung des Ministeriums angepasst im Gesetz vorgesehen ist, kritisieren wir aufs Schärfste.

Ad § 42 Abs. 8f

Wir begrüßen die redaktionelle Änderung, einen statischen Verweis zu ersetzen.

Ad § 43 Abs. 6

Die Grammatik in der neuen Version passt nicht, die Änderung macht insofern auch inhaltlich keinen Sinn - beziehungsweise wissen wir nicht, was die Änderung eigentlich bezwecken sollte.

Ad § 51 Abs. 2 Z 5b

Die neue **Definition ist nicht klar genug!** Im Hinblick auf die Erläuterungen verstehen wir nicht, warum diese erweiternde Definition des Begriffes „**Unterrichtsfach**“ nötig sein soll - digitale Grundbildung und Informatik ist mindestens so viel ein Unterrichtsfach wie Geographie und Wirtschaftskunde.

Abs. 2 Z 5d

Auch diese **Definition** ist nicht klar genug, insbesondere die Abgrenzung zum Unterrichtsfach nicht eindeutig. Generell sehen wir es kritisch, dass mit der geplanten Änderung potenziell inhaltlich wenig überlappende Fächer als Fächerbündel angeboten werden können, so etwa ein **Fächerbündel** Deutsch, Französisch und Italienisch.

Auch bei einem Fächerbündel Naturwissenschaften, das inhaltlich kohärenter wäre, also etwa Biologie, Chemie und Physik bleibt das Problem bestehen, dass aus bisher drei aufwändigen Fächern, bisher 342 ECTS (240 ECTS + 102 ECTS für das Erweiterungsstudium Drittfach), dieses Studium über drei Fächer nun nur noch 210 ECTS hätte. Das ist eine **Kürzung um Drittel**.

Fächerbündel würden also zu einer **sehr breiten Lehrbefugnis** führen, sodass wir die **Qualität** der Lehrer*innenbildung und in Folge der Lehre als **gefährdet** sehen.

Abs. 2 Z 5f

Wir begrüßen sehr, dass **professionsbegleitende Lehramtsstudien** im UG definiert werden. Allerdings bleibt auch diese Definition diffus; handelt es sich hierbei um ordentliche Studien? Bachelor, Master?

Abs. 2 Z 37

Kurzzeitmobilität zu definieren finden wir zwar begrüßenswert, Microcredentials werden dennoch im Entwurf nicht definiert, das überrascht uns.

Weiters fehlt in den Begriffsbestimmungen eine Definition für „**mündlich-strukturierte Prüfungen**“, wie sie § 79 Abs. 5 neu vorsieht; sollte es rechtliche Lage werden, dass diese vom Recht auf Vervielfältigung und Einsichtnahme mit Mitteln der elektronischen Kommunikation ausgenommen werden, muss unbedingt eine eindeutige Definition gegeben werden.

Ad § 54 Abs. 3

Die **Kürzung des Bachelor Lehramt** auf 180 ECTS - erfordert radikale aber vor allem durchdachte Änderungen in sämtlichen (!) Lehramtscurricula. Dies erfordert **Abstimmung** in den Verbänden und enorme **Ressourcen** der Kurien. Da das Ziel ein verkürztes, aber dennoch qualitativ hochwertiges Studium sein muss, muss **genügend Zeit für den Prozess** anberaumt werden. Wir fordern daher dringlichst, dass das Inkrafttreten dieser Regelung frühestens im Wintersemester 2026/27 erfolgt.

An dieser Stelle müssen wir auch die mit der Kürzung verbundenen **politischen Versprechen**, etwa im Bezug auf das Lehrer*innendiinstrecht, einfordern.

Abs. 5

Dass **Inklusive Pädagogik** und nun auch **Deutsch als Zweitsprache** als Spezialisierungen, die jedenfalls angeboten werden müssen, vorgesehen sind, begrüßen wir.

Bachelorstudien in Form eines **Fächerbündels** sollen 210 ECTS haben. Wir können uns ein sinnvolles Fächerbündel nur begrenzt gut vorstellen - vor allem weil die Definition unklar ist (siehe unsere Anmerkungen zu **Abs. 2 Z 5d**). Gleichzeitig bezweifeln wir, dass mit nur 30 ECTS "mehr als zwei" Fächer qualitativ hochwertig unterzubringen sind.

Wir wollen zudem anregen, ob die ECTS Anzahl vielleicht besser in Abs. 3 passen würde, weil dort alle ECTS Anzahlen geregelt werden.

Professionsbegleitende Master sehen wir positiv; dass sie nur angeboten werden "können" ist zu wenig - wir wünschen uns eine möglichst breite und flächendeckende Umsetzung. Nach wie vor offen sind für uns die **Rahmenbedingungen**, etwa wie viele Stunden man im professionsbegleitenden Studium man minimal/maximal unterrichten muss?

Ad § 59a Abs. 1

Wir halten die Anpassung des Wortlautes auf "**Kompetenzen**" hier und an allen folgenden Stellen im UG geeigneter und den Sachverhalt besser beschreibend als "Qualifikationen".

Ad § 60 Abs. 3b

Das Einheben einer **Kaution** von max. € 200 bei "zweifelhafter Wertigkeit" der ausländischen Qualifikation sehen wir als eine offenkundige **Diskriminierung von Drittstaatsangehörigen**. Hier handelt es sich um eine abschreckende Maßnahme für ausländische Studierende bzw. Studienwerber*innen, denen bereits aktuell zu viele Steine in den Weg gelegt werden.

Besonders problematisch ist, dass es hier um die Beurteilung der "**Wertigkeit**" der Qualifikation der Studienwerber*innen geht. Diese können im Vorhinein weder wissen noch ahnen, ob etwa ihr Schulabschluss nun "wertig" genug ist, oder nicht.

Weil die Kaution nur zurückgezahlt werden soll, wenn der Abschluss "wertig" genug ist und man zugelassen wird, kommt es de facto einer **Pönale** gleich, die **von der Zulassung Abgewiesene** dann zusätzlich trifft. Die Auswirkungen der vorgelegten Möglichkeit zur Kaution bzw. Strafzahlung können verheerend sein.

In Kombination mit den vorgeschlagenen Änderungen im § 64 Abs. 2, die das **Ablehnen von ausländischen Qualifikationen erleichtern** sollen, mutet die vorgelegte Möglichkeit zur Kaution bzw. Strafzahlung zynisch und böse an.

Ad § 63a Abs. 3

Wir kritisieren, dass aufgrund des Entfalls des § 54c PH Lehramts-Studierenden der Zugang zu Masterstudien nun an anderer Stelle erschwert werden soll, da sie fortan Ergänzungsprüfungen (statt eines Erweiterungsstudiums) machen sollen. Die **Abwertung der sechssemestrigen PH Studien** gegenüber Universitäten verschärft sich; die bisherige Rechtfertigung, dass das Studium kürzer ist, entfällt schließlich.

Abs. 8

Diese vorgeschlagene Änderung ist für uns nicht hinnehmbar. Die Formulierung ist dermaßen unpräzise, dass Rektorate sich nun aussuchen können, welche **Master- und Doktoratsstudien** sie **beschränken** möchten. Das Rektorat würde somit eine Kompetenz-Kompetenz erhalten. Die Uni kann selbst festlegen, wann sie es für nötig hält, Aufnahmeverfahren einzuführen, da nicht definiert wird, was diese ausreichenden Kenntnisse und besonderen Befähigungen sind und wann sie vorliegen.

Diese weitreichende Änderung, die in verschärfter sozialer Selektion enden würde, ist für uns nicht hinnehmbar. Wir sind für einen **freien Hochschulzugang** und damit klar gegen Zugangsbeschränkungen jeder Form.

Ad § 64 Abs. 2

Der Erläuterung ist zu entnehmen, dass diverse ausländische **Qualifikationen** zwar den formalen Kriterien genügen, aber trotzdem **nicht "wertig" genug** sind. Sollte das ein Problem darstellen, müssten eben **formale Kriterien so formuliert** werden, dass sie die **geforderten Qualifikationen ordentlich umfassen** (und die "Wertigkeit" miteinschließen). "Wertigkeit" ist ein merkwürdiges und schwammiges Konzept, das wir **kritisch** betrachten, da es zur Umsetzung rassistisch diskriminierender Tendenzen herangezogen werden kann. Des Weiteren ermöglicht die offenere Formulierung mit dem Wort "insbesondere", dass Qualifikationen willkürlicher abgelehnt werden.

Ad § 66 Abs. 1

Wir begrüßen die Abschaffung der **StEOP** bei den Bachelorstudien für die Sekundarstufe Berufsbildung, und fänden dies angesichts der Kürzung des Bachelors auch in der Sekundarstufe Allgemeinbildung begrüßenswert.

Ad § 70 Abs. 1

Wir begrüßen, dass die **allgemeine Universitätsreife keine zwingende Voraussetzung** mehr für **außerordentliche Bachelorstudien** darstellen soll.

Nicht näher erläuterten, weiteren Voraussetzungen stehen wir hingegen kritisch gegenüber.

Ad § 72 Abs. 4

Wir begrüßen diese Änderung.

Ad § 78 Abs. 4 Z 2

Wir rufen die Gesetzgebung dazu auf, die Öffnung des UG zu nutzen und folgende Regelung (die nicht im Änderungsentwurf behandelt wird) anders zu normieren:

*“Die Anerkennung für bereits **vor der Zulassung absolvierte Prüfungen**, andere Studienleistungen, Tätigkeiten und Qualifikationen gemäß Abs. 1 bis 3 ist bis spätestens Ende des zweiten Semesters zu beantragen.”*

Wir können nicht nachvollziehen, weswegen die Anerkennung von **bereits** vor der Zulassung **erworbenen Kompetenzen** bis spätestens Ende des zweiten Semesters beantragt werden muss. Viele Studierende übersehen diese Frist, weil ihnen der Umstand, dass erworbene **Kompetenzen faktisch verfallen** können, gar nicht bewusst ist. Zumindest eine längere Frist wäre hier wünschenswert, eine **Abschaffung der Frist** inhaltlich sinnvoll. Es ist wohl nicht im Sinne des Gesetzgebers, dass Studierende an einem zügigen Abschluss gehindert werden und bereits erworbene Kompetenzen doppelt erlernen müssen (weil sie eben “verfallen”).

Ad § 79 Abs. 5

Im Falle, dass **mündlich-strukturierte Prüfungen** quasi mündliche Multiple Choice Prüfungen sein sollen, können wir die Änderung inhaltlich nachvollziehen. In allen anderen Fällen stehen wir der **Einschränkung des Rechts auf Prüfungseinsicht ablehnend gegenüber**. Der Schutz von Studierenden rund um Prüfungen und Benotungen darf nicht abgebaut werden.

Wir fordern dringend die Aufnahme von “mündlich-strukturierten Prüfungen” in die **Begriffsklärung**.

Ad § 107

Wir können zwar das Bestreben, die Ausschreibungsfrist zu verkürzen, teilweise nachvollziehen, zehn Tage sind unserer Meinung nach jedoch eindeutig zu kurz. Wir plädieren für eine Mindestfrist von zwei Wochen.

Ad § 143

Auch an dieser Stelle müssen wir betonen, dass eine **Kürzung des Bachelor Lehramt** radikale aber vor allem durchdachte Änderungen in sämtlichen Lehramtscurricula erfordert. Dies benötigt eine Abstimmung in den Verbänden und enorme Ressourcen der Kurien. Da das Ziel ein verkürztes, aber dennoch qualitativ hochwertiges Studium ist, muss der Zeitraum für die Umsetzung definitiv **länger** sein, als aktuell angesetzt. Wir fordern, das

Inkrafttreten der entsprechenden Regelungen frühestens mit dem Wintersemester 2026/27 festzulegen.

Artikel 2

Änderungen des Hochschulgesetzes 2005

Generell

Sämtliche unserer Anmerkungen zu vorgeschlagenen **Änderungen im Universitätsgesetz, die parallel im Hochschulgesetz** vorgeschlagen werden, sind bitte **analog** zu beachten.

Anlage zu § 74a Abs. 1 Z 4

Generell

- Wir begrüßen die Integration von Deutsch als Zweitsprache und Inklusive Pädagogik, auch dass die ECTS etwas flexibler zugeteilt werden können.
- Wir begrüßen, dass durch die **Zählweise** von ECTS im **Gesamtstudium** (Bachelor plus Master) den Hochschulen bzw. Verbänden mehr Flexibilität in der curricularen Gestaltung zukommt. Gleichzeitig sehen wir die **Problematik**, dass **Standortwechsel** zwischen Verbänden so potenziell erschwert werden.
- Die gesetzlich festgehaltene **Anerkennbarkeit von beruflichen Tätigkeiten** in professionsbegleitenden Studien begrüßen wir; gleichzeitig fragen wir uns, warum diese nur in professionsbegleitenden Studien gegeben sein sollte und nicht für alle Studierenden, die parallel im Lehrer*innenberuf tätig sind.

1.3.

Generell begrüßen wir es, einen offeneren Zugang zum **Lehramt Primarstufe** zu gestalten durch das 60 ECTS Masterstudium für Absolvent*innen eines Lehramtsstudiums Sekundarstufe. Gleichzeitig bleibt für uns offen, ob dies sinnvoll umsetzbar ist.

1.4.

Zum **Erweiterungsstudium** für die Lehrbefähigung im **angrenzenden Altersbereich der Primarstufe**: Dieser Altersbereich **muss klar definiert werden!** Unserer Ansicht nach sind 30 ECTS nicht genug, um ein Primarstufenstudium um einen nennenswerten Altersbereich zu erweitern (also maximal zwei Jahre).

Artikel 3

Änderung des Hochschul-Qualitätssicherungsgesetzes

Ad § 2a Abs. 1 und Abs. 2

Wir finden die **Definition** von wissenschaftlicher und künstlerischer **Integrität gelungen** und begrüßen ausdrücklich, dass auch der aktuelle Erkenntnisstand des Faches als Bestandteil der guten wissenschaftlichen Praxis beschrieben wird.

Abs. 3 Z 1

Wir raten dringlichst, der Definition von wissenschaftlichem **Fehlverhalten** "**vorsätzlich**" oder "mutwillig" hinzuzufügen, nur "behindert oder sabotiert" kann Dritten zu leicht vorgeworfen werden. Vor allem eine Behinderung der Forschungstätigkeit anderer kann leicht und ohne Vorsatz zustande kommen!

Abs. 4

Wir lehnen diesen Vorschlag vehement ab. Die Maßnahme einer **Sperre vom Studium** für zwei Semester halten wir für **unverhältnismäßig**.

Ad § 21

Wir finden das Einführen einer zeitlichen Frist zur Veröffentlichung von Verfahrensergebnissen gut.

Ad § 23 Abs. 9a

Bei **signifikanter Zunahme** (etwa um ein Vielfaches) der **Studienplätze** wäre es eventuell sinnvoll, auch bei unbefristet akkreditierten Fachhochschulen iSd § 23 Abs 9 HS-QSG dennoch eine Änderung des Akkreditierungsbescheids vorzunehmen. In solchen Fällen sehen wir, dass die **Lehrqualität** ohne entsprechende Anpassungen sehr wohl in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Ad § 24

Die Änderungen in Bezug auf Studien, die zu reglementierten Berufen qualifizieren, klingen für uns sinnvoll.

Ad § 25 Abs. 6

Wir begrüßen diese Änderungen inhaltlich.

Bei Z 6 leg. cit. stellt sich für uns die Frage, was genau den **Zeitpunkt der "Aufnahme"** von Studierenden in einem nicht mehr akkreditierten Studiengang festlegt (Zusage, Bewerbung, Zulassungsfrist oder Semesterstart etc.). Allgemeine Zulassungsfristen von Universitäten

wären eventuell eine geeignete Orientierung, sodass Studienbewerber*innen noch auf ein anderes Studium ausweichen könnten.

Ad § 26

Wir begrüßen die vorgelegten Änderungen und Konkretisierungen.

Anlage zu § 30a Abs. 1 Z 4

1.1. a)

Ist die "5" in "davon jeweils 3 bis 6 **5** ECTS-Anrechnungspunkte" ein Tippfehler? In dieser Form könnten sonst alle 25 ECTS der allgemeinen bildungswissenschaftlichen Grundlagen mit DaZ und Inklusive Pädagogik ausgefüllt werden.

Artikel 4

Änderung des Fachhochschulgesetzes

Ad § 2 Abs. 6

Wir begrüßen, dass auch die Curricula der Hochschullehrgänge in leicht auffindbarer Form zu veröffentlichen sind.

Ad § 9 Abs. 6

Wir begrüßen, dass die allgemeine Universitätsreife keine zwingende Voraussetzung mehr für Bachelor-Hochschullehrgänge mehr darstellen soll.

Ad § 12 Abs. 2

Die alte Formulierung “Besondere Kenntnisse oder Erfahrungen aus der beruflichen Praxis” klingt für uns inklusiver als “berufliche Kompetenzen” - wir bitten die Änderung der Formulierung zu überdenken.

Die vorgeschlagene Änderung “und anderen Studienleistungen” begrüßen wir.

Artikel 5

Änderung des Privathochschulgesetzes

Ad § 2 und § 5

Wir begrüßen ausdrücklich die vorgeschlagenen Änderungen, die **gleichzeitige Funktionen** in der Trägereinrichtung und in der Bildungseinrichtung verhindern.

Ad § 12

Die studienrechtlichen Mindestanforderungen bleiben im Entwurf zu dürftig. Zumindest der **Rechtsschutz bei Prüfungen** muss dringend inkludiert werden.



Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: feministisches Referat

Autor_in: Mia Langer

Datum: 13.03.2024

Seit der letzten UV-Sitzung haben wir uns damit beschäftigt, unser Referat neu aufzubauen. Einerseits lernten wir uns gegenseitig, sowie die ÖH kennen, da wir alle neu eingesetzt wurden. Ab Mitte Februar war unser Referat vollständig. Wir hatten einiges Organisatorisches zu tun. Zusätzlich trafen wir uns mit dem Queer Referat, dem Vorsitz der ÖH Uni Wien, dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen, sowie Menschen, die ihre Projekte über unser Referat umsetzen wollten.

Im Zuge des feministischen Kampftags brachten wir uns in der ÖH-internen Arbeitsgruppe 8. März ein und organisierten eine Veranstaltung. Diese fand am 6. März statt und war ein offener, kreativer Bastelabend, bei dem um die 30 Personen teilnahmen. Es konnte sich vernetzt und kennengelernt werden, sowie Demoschilder und andere Materialien hergestellt werden. Diese Veranstaltung wurde über den ÖH-Newsletter und die Instagram-Seite der ÖH Uni Wien beworben.

Außerdem brachten wir uns außerhalb der ÖH in feministischen Vernetzungen rund um den 8. März ein und organisierten uns so mit anderen feministischen Gruppen in Wien.

Wir planen weitere Veranstaltungen in den nächsten Monaten. Außerdem wollen wir unsere Website erneuern und uns weiterhin an queerfeministischen Vernetzungen im Wien beteiligen.

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: Referat für Kultur

Autor_in: Neve Regli

Datum: 20.03.2024

Bericht

Hello, das Kulturreferat hat seit der letzten Sitzung einerseits mit "The Klezmer Project" zusammengearbeitet und Karten verlost.

Selbiges gilt für die Volksoper. Hierbei haben wir noch weitere Kooperation in der nächsten Spielsaison angedacht und auch eine Kooperation wieder mit dem Vienna Short Film Festival gestartet.

Im Raum stehen noch Verlosungen mit der Tangente und der Diagonale. Wir freuen uns sehr, wenn diese dann umgesetzt werden.



Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: Öffentlichkeitsarbeit

Autor_in: Natalia Zelewska

Datum: 20.03.2024

Öffentlichkeitsarbeit

Seit der letzten UV-Sitzung wurden 3 Presseaussendungen veröffentlicht. Auf Anfrage der Plattform Radikale Linke machten wir am 23.01 auf die Demonstration gegen den Rechtsdruck und rassistische Abschiebefantasien von AfD, FPÖ und „Identitären“ aufmerksam.

Am 13.03 wurde unsere Presseaussendung „Kein Quantum Cube ohne studentisches Mitspracherecht!“ verschickt, in welcher das undemokratische Vorgehen der Uni Wien bei der Bauplanung kritisiert wurde.

Ende Februar wurde noch die Presseaussendung „Solidarität mit der Letzten Generation“ veröffentlicht, in der sich gegen die starken Repressalien gegen Aktivist_innen ausgesprochen wurde.

Social Media

Die Zahl unserer Follower_innen steigt weiterhin kontinuierlich an. Zur Zeit liegt die Zahl der Follower_innen bei ca. 8600. Um diesen Trend beibehalten zu können, gibt es regelmäßige Posts und Stories. Der Post mit der meisten Reichweite in den letzten 2 Monaten war ein

Reel, in welchem Nora und Alexandra aus dem Vorsitzteam die ÖH und ihre politische Bildungsarbeit vorgestellt haben.

Regelmäßig werden von uns auf der Seite Vorträge beworben wie zum Beispiel der von Sylvia Groth von Pro Choice über die Rechtslage zu Schwangerschaftsabbrüchen – wir posten zudem auch regelmäßig Angebote von Safe Spaces für Studierende wie beispielsweise kreative feministische Vernetzungstreffen und die Angebote rund um den Black History Month mit denen wir konstant um die 2500 Studierende erreichen können.

Auf unserem Account konnten wir zudem auch auf viele Projekte der ÖH aufmerksam machen wie in etwa die Individuelle Studienunterstützung oder den Psychotherapietopf.

Es sind auch ebenfalls immer wieder regelmäßig Gewinnspiele für Filmveranstaltungen zu finden, an denen sich Studierende rege beteiligen.

Unsere Stories in denen wir ebenfalls verschiedenste Veranstaltungen und Informationen teilen werden konstant von mehr als 1500 Personen gesehen.

Newsletter

Seit der letzten UV-Sitzung wurden 3 Aussendungen über den Massmailer getätigt, bei allen Aussendungen wurden knapp 100.000 Mails zugestellt.

In unseren Aussendungen wurden vor allem Veranstaltungen rund um den Black History Month und dem feministischen Kampftag beworben sowie auch unser Psychotherapietopf vorgestellt.

Website

Der Psychotherapietopf wurde ebenfalls auf unserer Website gelauncht und mit allen notwendigen Informationen ergänzt, um die Antragstellung so zugänglich wie möglich zu machen.



Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

**Referatsname: Referat für Nachhaltigkeit und
Internationales**

Autor_in: Magdalena Reif

Datum: 13.03.2024

In den letzten Wochen haben wir mit der Planung der Nachhaltigkeitswoche, die vom 22.4.-28.4. stattfinden soll, begonnen. Hierfür haben wir mit vielen verschiedenen Gruppen kontaktiert, um ein vielfältiges Programm zusammen zu stellen. Wichtig ist uns hierbei besonders ein intersektionaler und kapitalismuskritischer Ansatz.

Wir sind in der Arbeitsgruppe „Studierender“ der Allianz der Nachhaltigen Universitäten aktiv. Am 18.1. haben wir an einem Treffen dieser teilgenommen und uns mit Referaten an anderen Universitäten sowie verschiedenen Gruppierungen vernetzt und gemeinsam Ideen für die Einbindung von Studierenden in den Nachhaltigkeitskontext gesammelt und Ziele für die Arbeitsgruppe erarbeitet. Ein erstes Ziel wird die Ausarbeitung einer Broschüre sein, die Studierende über verschiedene Möglichkeiten, sich im Nachhaltigkeitskontext zu engagieren, informiert. Hierfür werden aktivistische Gruppierungen, sowie Veranstaltungen, Studiengänge und Lehrveranstaltungen gesammelt und vorgestellt. Hierfür arbeiten wir aktuell aktiv im Redaktionsteam mit. Am 18.3. wird das nächste Treffen stattfinden.

Am 25.1. nahmen wir an der Sitzung des Nachhaltigkeitsbeirats teil.

Am 21.3. findet der nächste Retreat des Nachhaltigkeitsbeirats statt. Vor dem Retreat werden wir uns noch mit studentischen Mitgliedern des Beirats vernetzen.

In der AG Biodiversität des Nachhaltigkeitsbeirats sind wir an der Planung von Veranstaltungen für den Internationalen Tag der Biodiversität am 22.5. beteiligt.

Gemeinsam mit dem Vorsitzteam haben wir im Februar eine Presseaussendung verfasst, in der wir uns gegen den Bau des Quantum Cubes positioniert haben.

Seit der letzten UV Sitzung stand im Bereich Internationales vor allem wieder die eMail Beratung, speziell zu Themen wie Erasmus+ und die Vorbereitung/Bewerbung dafür.

Weiters fand im Februar wieder ein Seminar der Circle U. Students Union, diesmal in Aarhus, Dänemark, statt. Dort wurden policy papers zu den Themen Mobility und Course Credits besprochen, sowie die interne Zusammenarbeit und neue Positionen wie die Student Fellows oder die Student Ambassadors besprochen.

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: Partizipationsreferat

Autor_in: Coralie Geier

Datum: 18.03.2024

Massenmailer für StVen

Weiterhin wurden die Anfragen der Studienvertretungen zur Änderung der Aussendeberechtigungen für die Massenmailer bearbeitet sowie Anträge für neue Massenmailer für Studienvertretungen bearbeitet.

Beratung von Studierendenvertreter:innen

Wir haben vermehrt Anfragen zum Thema Anrechnungen von ÖH-Tätigkeit und ÖH-Tätigkeit als Erlassgrund.

Campus Althangrund

Die Zusammenfassung von allen Raumbedarfsmeldungen wurde an alle beteiligten Personen ausgesendet. Der Entwurf wurde auf die ÖH-Flächen hindurchgesehen.

Es konnten Raum für zwei bis drei Fakultätsvertretungen sowie zwölf Studienvertretungen und zwei Referate ausverhelt werden.

Aussendung an Studienvertretungen, Fakultätsvertretungen und Zentrumsvertretungen

Es wurde eine Aussendung an die Studienvertretungen und Fakultäts- und Zentrumsvertretungen gemacht mit den folgenden Themen:

1. 08.03.2023
 1. Sitzung des Koordinationsausschusses
 2. freie Plätze beim ÖH-Seminar
 3. Nachhaltigkeitswoche

Ausblick in Projekte, welche nicht die alltägliche Arbeit betreffen

Das Kennenlernetreffen zwischen Universitätsvertretung und Studienvertretungen sowie Fakultätsvertretungen und Zentrumsvertretungen befindet sich weiterhin in Planung. Eine Idee ist es, dass die Folgen der Novellierung des UG durch einen Workshop behandelt werden, hierfür wird die aktuelle Entwicklung abgewartet.

**Referatsname: Referat für die Planung
gesellschaftspolitischer Projekte (PlaRef)**

Autor_in: Kevin Miller

Datum: 14.03.2023

Bericht

Seit dem Start ins neue Sommersemester hat das PlaRef sich in besonders auf die Koordination der Arbeitsgruppen, sowie unsere eigenen Projekte, fokussiert, da sich die strukturelle Arbeit auf der UV gefestigt hat.

Zum Zeitpunkt des Berichtes sind fünf Arbeitsgruppen aktiv, die an unterschiedlichen Themenbereichen und Projekten arbeiten. Die Arbeitsgruppen und deren Ziele lauten wie folgt:

AG Reparaturwerkstatt

Die Arbeitsgruppe „Reparaturwerkstatt“ setzt sich mit der Möglichkeit auseinander, einen Ort für Reparaturen an der Universität Wien einzurichten. Hierbei soll es vornehmlich um die Reparatur von Elektronikgeräten gehen, aber es soll auch geprüft werden, ob andere Gegenstände sich für solch eine offene Reparaturwerkstatt eignen würden, wie bspw. eine Fahrradreparaturwerkstätte. Die Arbeitsgruppe wartet zurzeit noch eine rechtliche Evaluation

ab, ob eine offene Reparaturwerkstätte versicherungstechnisch in den Räumlichkeiten der Universität/ÖH möglich ist.

AG Mental-Health Kampagne

Die Arbeitsgruppe „Mental-Health Kampagne“ soll, unter anderem, eine Öffentlichkeitskampagne zum Thema Mental-Health organisieren, die sowohl für das Thema sensibilisiert, zu Endstigmatisierung beiträgt und auch politische Forderungen kundtun soll. Dabei wird auch auf das Angebot des Psychotherapietopfs der ÖH Uni Wien aufmerksam gemacht.

AG 100 Jahre IFS

Die Arbeitsgruppe „100 Jahre IFS“ hat, anlässlich des Jubiläums des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt, eine Projektwoche organisiert, die noch im Mai stattfinden wird. Hierfür wurden Referent*innen eingeladen, die Studierenden einen niederschweligen Einstieg in Themen der kritischen Theorie darbieten werden.

AG Interne Anlaufstelle

Zurzeit wird an einem Konzept einer Internen Anlaufstelle gearbeitet, welche eine ähnliche Funktion für Mitglieder der ÖH, wie das Büro für Konfliktberatung auf der Universität Wien, erfüllen soll. Die Arbeitsgruppe befindet sich noch in einer konzeptuellen Phase und steht im engen Austausch mit dem Büro für Konfliktberatung, um eine geeinigte und umsetzbare Lösung für die ÖH zu finden. Der Fokus ist hierbei Betroffene von Diskriminierung oder Personen in Konfliktsituationen eine Möglichkeit zu geben, sich Gehör zu schaffen und Optionen zu eruieren, um gegen Diskriminierungserfahrungen vorzugehen oder Konfliktlösungen zu finden.

AG 8. März

Für die Woche um den 8. März hat eine Arbeitsgruppe Veranstaltungen organisiert, um auf den 8. März und feministische Politik aufmerksam zu machen. Hierbei wurde ein Vortrag mit dem Verein „Pro Choice“ über Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt und ein Vorbereitungsevent für die Demo am 8. März. Bei beiden Veranstaltungen gab es dabei eine gute Resonanz bei den Teilnehmer*innen. Für die nächsten Wochen sind noch Vernetzungs-

Events angedacht, um Studierenden, die sich für feministische Politik interessieren, Partizipationsmöglichkeiten vorzustellen. Es ist wichtig anzumerken, dass in besonders das feministische Referat der ÖH die AG aktiv bespielt.

Über die Koordinierung der Arbeitsgruppen hinaus arbeitet das PlaRef zurzeit an einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Hass im Netz“. Hierbei soll es um Formen von Hate-Speech im Netz gehen und welche Ursachen dem Zugrunde liegen. Hierfür sollen 3 Referent*innen Vorträge abhalten und zudem ist eine Podiumsdiskussion als Abschlussveranstaltung angedacht. Die Veranstaltungsreihe wird in Zusammenarbeit mit der Studienvertretung Politikwissenschaft organisiert.



**Referatsbericht für die 2. ordentliche Sitzung der
Universitätsvertretung der Universität Wien
im Sommersemester 2024 am 22.03.2024**

Referatsname: Referat für queere Angelegenheiten (QueerRef)

Autor: Gianluca Beraldo

Datum: 14. März 2024

Seit der letzten UV-Sitzung haben wir die Organisation des QueerFemTopfs übernommen aufgrund der Umgestaltung des FemRefs (der QueerFemFördertopf ist eine Zusammenarbeit zwischen den zwei Referaten). Die dazugehörige Arbeit betrifft u. a. Archivarbeit, das Ausschicken der Arbeiten fürs Durchlesen und Kontrollen vor dem Treffen, Mailverkehr, Rückmeldung bei Interessent:innen, allfällige Kommunikation mit dem Sekretariat sowie der Buchhaltung bzw. dem Wirtschaftsreferat sowohl vor als auch nach dem Treffen. Mit Verspätung fand das erste QueerFemTopfTreffen Ende Jänner statt und 17 von 27 Anträgen wurden voll- bzw. teilgefördert. Das nächste Treffen des Budgetjahres ist für Anfang April geplant, die Deadline ist am 1. April.

Unsere Reihe von QueerCafé-Treffen wurde weiter in der Form von QueerBrunch veranstaltet, es haben im November und im Jänner jeweils zwei Treffen im Lokal Flinta in der Lange Gasse stattgefunden. Diese Veranstaltungen sind in der Regel gut besucht und bieten jüngeren Studierenden die Möglichkeit an, sich zu treffen, kennenzulernen und zu vernetzen.

Für Samstag den 15. März planen wir beim ersten Queeren Spaziergang durch den 6. Bezirk mitzumachen: Dabei handelt es sich um eine Führung, die von QWIEN geführt wird, dem Zentrum für Queere Geschichte in Wien, und die seit Jahren organisiert wird. Wir bieten sie für unsere Teilnehmer:innen kostenlos an und eine weitere Führung ist für April geplant - im Mai haben wir nach wie vor eine Zusammenarbeit mit der AIDS Hilfe Wien in Planung.

Für Freitag den 22. März haben wir außerdem in Zusammenarbeit mit der Sozialarbeiterin Emily Hanslik den Workshop "Verbale und mentale Verteidigung gegen sexuelle Belästigung" geplant. Er wurde schon 2021 und 2022 angeboten und da es sehr gut besucht wurde und wir viele positive Rückmeldungen bekommen haben, haben wir uns dafür entschieden, ihn noch einmal anzubieten. Der Workshop befasst sich mit der Problematik von übergriffigem Verhalten im öffentlichen Raum. Es wird über die Definition von sexueller Belästigung (sowie sexualisierter Gewalt) gesprochen und mehr über die rechtliche Situation in Österreich erfahren. Ziel des Workshops ist es, Strategien zu sammeln, um auf Übergriffe gegen sich und andere reagieren zu können - sowohl als Betroffene:r als auch als Beobachter:in. Teilnehmer:innen

sollen gestärkt werden, um sich im Alltag handlungsfähiger zu fühlen.

In der Beratung bekommen wir nach wie vor regelmäßig Meldungen von Trans*- bzw. nichtbinären Menschen, die eine Diskriminierung auf täglicher Basis erleben müssen, die gern Auskünfte hätten über die Möglichkeiten im Rahmen der Universität Wien und der Stadt Wien, den eigenen Namen bzw. Personenstand zu ändern. Dabei unterstützen wir sie und leiten sie an die richtigen Stellen weiter.

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

**Referatsname: Referat für Aus-, Fortbildung und
Organisation**

Autor_in: Amrei, Jan, Pablo, Niklas

Datum: 22.03.2024

Was ist seit der letzten UV Sitzung passiert, welche Aufgaben wurden erledigt?

Seit der letzten UV Sitzung wurden im Raufo die allfälligen Aufgaben wie die Raumvergabe und die Technikausleihe weiter erledigt. Zusätzlich wurde noch ein neues Pavillon gekauft. Pablo und wieder neu im Team, Niklas kümmern sich weiterhin um den Technikverleih, Amrei um die Raumanfragen. Pablo hat für das Team einen gemeinsamen Kalender erstellt, damit Termine und Aufgaben besser im Überblick behalten und abgesprochen werden können.

Es finden weiterhin regelmäßig Treffen statt, um anfallende Aufgaben zu besprechen und die Kapazitäten des Teams abzuklären. Außerdem wollen wir es nun hinbekommen, dass jede Woche eine andere Person aus dem Team am Vertretungsausschuss bzw. Projektgremium teilnimmt, bisher hat dies in den meisten Fällen Jan übernommen. Dadurch das Niklas nun neu dazugekommen ist, müssen wir uns auch dahingehend wieder neu organisieren.

Welche Veranstaltungen hat das Referat organisiert, geplant, abgehalten?

Seit der letzten UV Sitzung wurden keine neuen Veranstaltungen vom Raufo organisiert.

Ausblick der Referatstätigkeit bis zur nächsten Sitzung?

Das Alltagsgeschäft, also Raumvermietung und Technikverleih, wird weiterhin durchgeführt. Durch unseren neuen Zuwachs wollen wir uns gemeinsam nochmal dem NIG Keller widmen, diesen ausräumen und kaputtes Equipment entsorgen.



Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: Sozialreferat

Autor_in: Bianca Nageler

Datum: 11.03.2024

Seit Februar gibt es im Sozialreferat ein neues Führungsduo: Rahel Bucher als Sachbearbeiterin und Bianca Nageler als Referentin. Somit fand eine Referatsübergabe statt sowie ein Kennenlernen mit dem restlichen Team des Sozialreferats.

In der ersten Märzwoche fand die BeSt Messe statt, wo das Team des Sozialreferats täglich anwesend war und die ÖH Uni Wien vertreten hat.

Zusätzlich wurden mehrere Sozialtopfgremien abgehalten, in welchen über 25 Anträge bearbeitet und weitergeleitet werden konnten.

Sozialberatung

Von Juli bis März hatte die Sozialberatungsstelle insgesamt 794 persönliche und telefonische Beratungsgespräche. Dazu kommt noch die Beantwortung von mehreren E-Mails pro Tag. Dabei wurde die Sozialberatung im Oktober und September am häufigsten, nämlich jeweils fast 150-mal pro Monat angesucht und auch im Jänner und Februar erreicht die Anzahl Beratungsgespräche den dreistelligen Bereich. Über 35% der Beratungsgespräche handelten

von allgemeinen Themen wie Studiengebühren, Sozialtopf oder Beurlaubung. Am zweithäufigsten wurden Fragen über Stipendien gestellt und auch das Thema Familienbeihilfe wurde circa bei jeder fünften persönlichen oder telefonischen Beratung angesprochen.

Social Media Präsenz

Da eine Person von unseren freien Dienstnehmerinnen sich aufgrund einer Vollzeit-Arbeitsstelle vom Referat im März verabschieden muss, wurde eine öffentliche Stellenausschreibung ausgesendet. Außerdem wurde über Social Media auf die Präsenz der ÖH Uni Wien auf der BeSt Messe aufmerksam gemacht.

Ausblick

Es wurden bereits mit der Organisation Fyling Nanny Termine für die Kinderbetreuung während der Prüfungsphase im Sommersemester gefestigt, weiteres folgt die Organisation der Räumlichkeiten. Zusätzlich versucht das Sozialreferat gerade die Kontaktaufnahme mit der MieterHilfe, um erneut Wohnvorträge anzubieten

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: Wirtschaftreferat

Autor_innen: Julia Dobner-Dobenau,
Sebastian Draxl,
Jakob Krisper

Datum: 14.03.2024

Bericht

Tagesgeschäft

Im Wirtschaftreferat gingen wir wie gewohnt dem Tagesgeschäft nach. Dazu gehören beispielsweise:

- Bearbeitung von Refundierungen
- Bearbeitung von Zahlungsanweisungen
- Bearbeitung von Druckaufträgen
- Bearbeitung von Förderanträgen
- Hilfe für Studien-, Zentrums- und Fakultätsvertretungen bezüglich deren finanziellen Gebarung
- Verwaltung der Software
- Ausbezahlung von Funktionsgebühren
- Beantwortung von E-Mails

JVA 2023/24

Der Jahresvoranschlag 2023/24 wurde überarbeitet und der Universitätsvertretung vorgelegt.

Neue Referentin

Seit Anfang Februar arbeitet Julia Dobner-Dobenau als neue Referentin im Wirtschaftsreferat und arbeitet sich in Absprache mit der Buchhaltung und ihren Kolleg*innen ein.

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: Referat für Working Class Students

Autor_in: Xaver Gufler

Datum: 14.03.2024

Bericht

Wie jeden Monat fanden seit der letzten UV-Sitzung wieder die Vernetzungstreffen mit den deutschsprachigen Anti-Klassismus-Referaten und unser Arbeiter*innenkinder-Stammtisch im März, welcher dreifach beworben und gut besucht war, statt (im Februar gab es aufgrund der Semesterferien keinen Stammtisch, der nächste wird am 8. April stattfinden).

Die Kommunikation rund um die gemeinsame Semester-Opening-Veranstaltung mit der AK Wien am 20. März lag in unserem Verantwortungsbereich und brachte einen regen Email-Verkehr und einige Anrufe mit sich. Die ÖH-Seite wird hierbei von einer Person aus dem Vorsitz und unserem Angestellten aus dem Referat für Soziales vertreten, welcher die Fragen der Besucher*innen der Veranstaltung beantworten soll und ihnen einen groben Einblick in Beihilfen und Co. gibt.

Für April ist ein neuerliches Treffen mit Heidi Niederkofler von der Lehrer*innenbildung angesetzt, um die gemeinsame Veranstaltung zu Ungleichheitsverhältnissen in der Lehre am 11. Juni zu planen.

Des Weiteren wurden zahlreiche Mails zu diversen Themen beantwortet und in mehreren Referats-internen Treffen das Sommersemester grob geplant.

Referatsbericht für die Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien

Referatsname: zeitgenossin

Autor_in: Elin Samson

Datum: 11.03.2024

Bericht

Seit der letzten UV-Sitzung ist die Dezemberausgabe „Spielräume“ und die Märzausgabe „Gegenbilder“ erschienen.

Zudem haben wir Gespräche mit unserer Grafikerin geführt und über ein neues Design-Konzept diskutiert. Wir planen für die nächste Ausgabe, eine neue Version umgesetzt zu haben. Wir haben bereits Kontakt zu der Druckerei aufgenommen und die Zusage erhalten, dass ein neues Design keine zusätzlichen Kosten verursacht und dementsprechend kostenneutral umgesetzt werden kann.

Wir standen weiterhin mit der Statistik im Austausch, um Arbeitsprozesse zu optimieren. Es fanden mehrfach Gespräche statt.

Aktuell sind wir damit beschäftigt, die Konzepte und Betreuungen der Maiausgabe zu bestimmen, um danach den Autor*innen ein Feedback geben zu können.

Die nötige redaktionelle Arbeit für die kommende Ausgabe umfasst folgende Tätigkeiten:

- Erstellung des Konzepts
- Erstellung eines Zeitplans

- Verfassen eines Call for Papers
- Auswahl von Artikeln
- Auswahl Illustrator:in, Fotograf:in, Comiczeichner:in
- Erstellung eines Seitenspiegels
- Betreuung der Autor:innen
- Kontrolle der Artikel mit Feedbackschleifen
- Planung und Zuordnung Fotos/Illustrationen zu Artikeln
- Bürokratische Abwicklung der Anmeldung/Bezahlung der Beiträge
- Auswahl und Organisation von Inseraten
- Schreiben des Editorials
- Erstellen des Impressums
- Technische Planung der Ausgabe
- Erstellung des Layouts für die Ausgabe
- Koordination mit dem Layout
- Koordination Lektorat
- Fertigstellung der Druckdatei
- Übermittlung der Druckdaten an die Druckerei
- Sicheres Organisieren und Übermitteln der Versanddaten
- Organisation der Handverteilung vor/in Ungebäuden, Bibliotheken etc.
- Betreuung von Social Media